

### Licht im Tunnel - die Vorwegnahme der Einigung und ihr schließliches Erleben in Ostdeutschland im Spiegel von Bevölkerungsumfragen

Holtmann, Everhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Holtmann, E. (2015). Licht im Tunnel - die Vorwegnahme der Einigung und ihr schließliches Erleben in Ostdeutschland im Spiegel von Bevölkerungsumfragen. *GWP - Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 64(1), 39-48. <https://doi.org/10.3224/gwp.v64i1.18256>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

# Licht imTunnel – die Vorwegnahme der Einigung und ihr schließliches Erleben in Ostdeutschland im Spiegel von Bevölkerungsumfragen

*Everhard Holtmann*

## **Zusammenfassung**

Der Beitrag thematisiert, wie sich die Wahrnehmung der deutschen Einigung und ihrer Folgen seitens der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland von 1990 bis zur Gegenwart darstellt. Dabei treten im Spiegel der ausgewählten Bevölkerungsumfragen Schwankungen und ebenso Verstärkungen auf. Bemerkenswert ist insbesondere, dass sich in beiden Landesteilen ab etwa der Mitte der 1990er Jahre die Unterstützung der bundesrepublikanischen Ordnung und ihrer Institutionen gefestigt hat. Zusätzlich werden sogenannte Stellvertreter-Umfragen herangezogen, die vor 1990 erhoben worden sind und über Einstellungen der DDR-Bürger Auskunft geben. Gezeigt werden kann, dass die Mehrheit der Ostdeutschen damals eine virtuelle Identifikation mit dem politischen und wirtschaftlichen System der Bundesrepublik bereits ausgebildet hatte.

## 1. „Es war nicht alles schlecht in der DDR“ – eine eher unpolitische Reminiszenz

Nimmt man aktuelle Bevölkerungsumfragen zur Hand, so ist nach wie vor eine Mehrheit der Ostdeutschen der Meinung, dass die DDR auch manche guten Seiten gehabt habe. Als besondere Stärken der DDR werden gemeinhin, wie zuletzt im September eine vom MDR in Auftrag gegebene Erhebung ergab, das Schulsystem (78%), die soziale Absicherung (75%), die Gleichberechtigung von Mann und Frau (69%) sowie das Gesundheitssystem und der Schutz vor Kriminalität und Verbrechen (jeweils 66%) genannt (Infratest September 2014).



**Prof. Dr. Everhard Holtmann**

Forschungsdirektor am Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH)  
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Abbildung 1: Besondere Stärken der Bundesrepublik  
Frühere und aktuelle Bewertungen (1995/2014)

	1995	2014
Reisemöglichkeiten	Keine Daten	94
Persönliche Freiheit	89	86
Wirtschaft	82	83
Lebensstandard	83	72
Berufliche Entwicklungsmöglichkeiten	49	69
Politisches System	46	57
Gesundheitssystem	Keine Daten	52
Soziale Absicherung	23	49
Gleichberechtigung von Frau und Mann	29	47
Schutz vor Kriminalität und Verbrechen	5	29
Schulsystem	26	28

Frage: Und wenn Sie nun die jetzige Bundesrepublik betrachten: Auf welchen Gebieten hat die heutige Bundesrepublik besondere Stärken aufzuweisen?

Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung im Alter ab 14 Jahren in Ostdeutschland  
Angaben in Prozent

infratest dimap 

Trauern Ostdeutsche also bevorzugt der DDR nach? – Eine solche Schlussfolgerung ginge fehl. Denn ebenso bestätigen Umfragen immer wieder, dass kaum jemand im Osten der Bundesrepublik das realsozialistische System der DDR zurückhaben möchte. Bezeichnenderweise werden Systemvorteile der verblichenen DDR in Bereichen verortet, die, wie die oben genannten, einen Bezug zu den privaten Lebensbedingungen hatten, dort elementare Sicherheitsbedürfnisse abdeckten und sogar – wenn auch bescheidene – Möglichkeiten persönlicher Selbstentfaltung eröffneten. Die verbreitete Lesart, es sei „nicht alles schlecht“ in der DDR gewesen, korrespondiert auf der Motivebene sehr eng mit der subjektiven Überzeugung, man habe zu DDR-Zeiten „privat alles in allem ganz gut leben“ können.

Zum vollständigen Bild, das sich Ostdeutsche heute von der DDR machen, gehört andererseits auch, dass persönliche Freiheiten (86%), Reisefreiheit (94%), die Wirtschaft (83%), der Lebensstandard (72%), berufliche Entwicklungschancen (69%) sowie eben auch das politische System (57%) als spezielle Stärken der Bundesrepublik angesehen werden. Im Laufe des letzten Jahrzehnts haben sich diese der Bundesrepublik zugeschriebenen Systemvorteile in der ostdeutschen Wahrnehmung durchwegs weiter gefestigt (Abbildung 1). Wo in der Erinnerung gleichzeitig dennoch „gute Seiten“ der DDR tradiert werden, handelt es sich folglich um eine eher unpolitische Reminiszenz positiv erlebter Phasen privater Arbeits- und Familienbiografien.

## 2. Westdeutschland als wahrgenommene bessere Alternative – die DDR und die Bundesrepublik im Systemvergleich aus Sicht der Ostdeutschen vor 1990

Wie schätzten die Ostdeutschen vor 1990 ihre Lebensumstände und ihre Zukunftserwartungen in der DDR konkret ein und welches Bild hegten sie damals im Vergleich damit von der Bundesrepublik? – Zur Einschätzung dieser Frage waren wir bisher auf journalistische Reportagen, literarische Betrachtungen, biografische Zeugnisse oder individuelle Aussagen angewiesen. Seitdem aber die vertraulichen Stellvertreterumfragen, welche die Infratest Kommunikationsforschung im Auftrag des Gesamtdeutschen Ministeriums von 1969 bis 1989 fortlaufend durchgeführt hat, aus dem Dunkel archivierten Vergessens, dem sie zwei Jahrzehnte anheimgefallen waren, jüngst wieder hervorgeholt worden sind (DIE ZEIT 45/2014), verfügen wir über ungleich verlässlichere Kenntnisse über die damaligen politischen Grundhaltungen der Bevölkerung der DDR (vgl. Köhler 1992 und 1994). Da direkte Befragungen ostdeutscher Bürger naturgemäß nicht in Frage kamen, wurde bei Infratest das methodische Modell einer Stellvertreterforschung, d.h. eine Kombination aus teilnehmender Beobachtung und indirekter Befragung von bundesdeutschen Besuchern der DDR entwickelt (zur Methodik nähere Angaben bei Köhler 1992 und 1994).

Wie die Verlaufslinie der gemessenen Einstellungen der Ostdeutschen zum politischen System der DDR von Ende der 60er bis ausgangs der 80er Jahre zeigt, verhielt sich eine Mehrheit der DDR-Bürger, die meist jenseits der 50 Prozent lag, gegenüber dem politischen System ihres Landes angepasst bis indifferent, d.h. gleichgültig oder auch desinteressiert. Die Anteile der Anhänger des Systems und der entschiedenen Gegner schwankten in dieser Zeitspanne jeweils zwischen 20 und 30 Prozent. Dabei umfasste die Kerngruppe der überzeugten Parteigänger zwischen 5 und 10 Prozent. Erst im Jahr 1989, als sich die Legitimationsschwäche des Regimes verstärkte, nahm die Zahl der Systemgegner auf knapp 40 Prozent deutlich zu. In demselben Jahr schrumpfte die Zahl derer, die sich mit dem herrschenden System im Großen und Ganzen identifizierten, auf etwa 13 Prozent (Infratest 1988/4, 67).

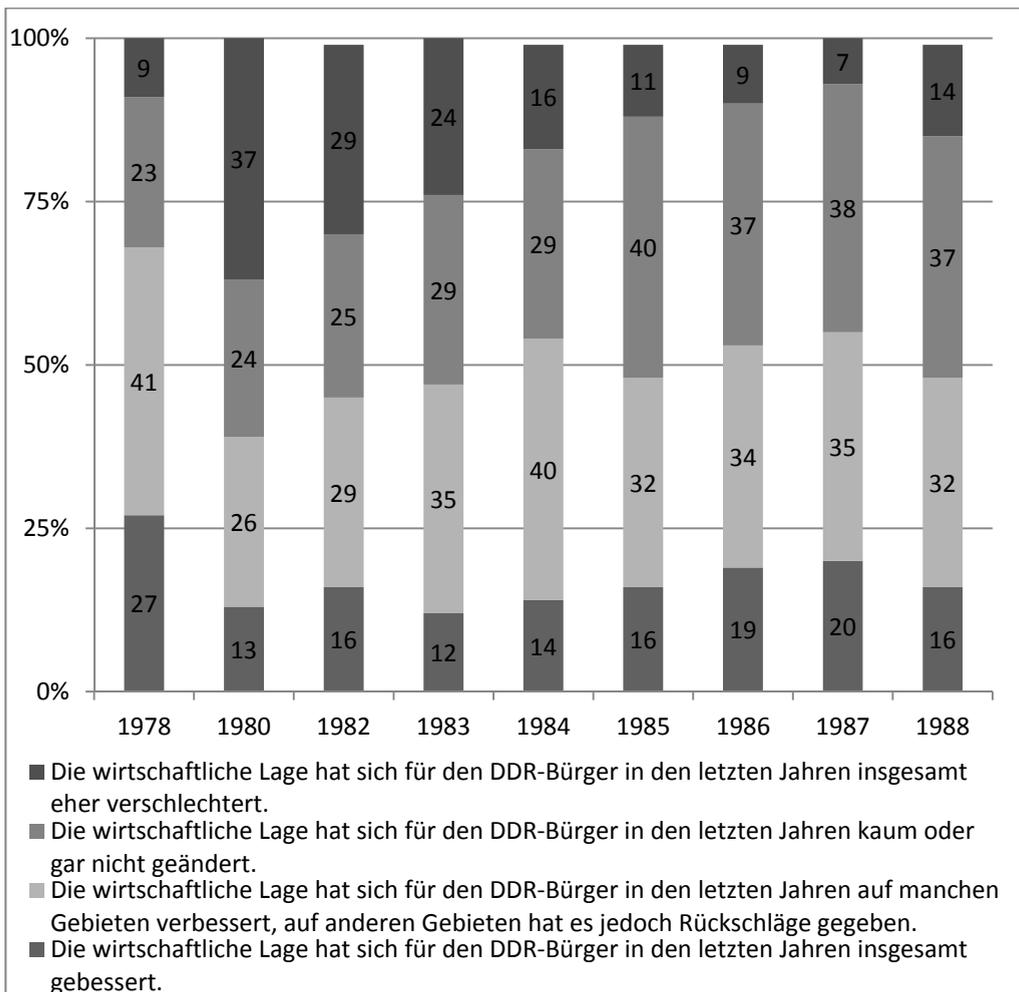
Wer sich seinerzeit mit dem System der DDR arrangierte, war mit diesem nicht automatisch zufrieden. Tatsächlich meinte dauerhaft nur eine Minderheit, die seit Mitte der 70er Jahre stets unter 10 Prozent lag, dass sich die politischen Verhältnisse im Land verbessert hätten. Eine große Mehrheit zwischen 50 und 70 Prozent registrierte hingegen keinerlei Veränderungen zum Besseren wie zum Schlechteren, sondern die Stagnation mittelmäßiger Bedingungen (Köhler 1994).

Welche Unterstützung einer politischen Ordnung zuteilwird, hängt generell wesentlich davon ab, wie eine Bevölkerung ihre alltäglichen Lebensbedingungen erfährt. Dieser enge Konnex zwischen den Wahrnehmungen von Politik und Lebenslage bestätigt sich auch für die DDR. Seit 1968, dem Beginn der Stellvertreterumfragen, hat durchgehend lediglich eine Minderheit der Ostdeutschen die allgemeinen Lebensbedingungen in ihrem Land als gut oder gar sehr gut angesehen. Während der 80er Jahre bewerteten höchstens noch 20 Prozent die Lebensbedingungen positiv. Höher, nämlich zeitweise über 30 Prozent, lag in diesem Jahrzehnt vor dem Systemumbruch die Zahl der negativen Stimmen. Die Mehrheit stufte die Möglichkeiten, die der Alltag der DDR bot, als mittelmäßig ein (Ebenda).

Zwar gelang es der Staatsführung der DDR, die wichtigsten Daseinsgrundbedürfnisse der Bevölkerung, wie Arbeit, Wohnen, soziale Absicherung und materielle Reproduktion, gesamtgesellschaftlich zu erfüllen, wenn auch auf einem verglichen mit der

BRD bescheidenen Niveau und, wie wir heute wissen, um den Preis der Vernachlässigung ökonomischer Innovation. Dass sich die wirtschaftliche Lage gebessert hätte, bejahte indessen regelmäßig nur eine Minderheit (Abbildung 2). Dabei hatten Ostdeutsche die Bundesrepublik als Vergleichsgröße ständig vor Augen. Wurde genauer nachgefragt, wie die DDR-Bürger ihre Lebenslagen und Lebenschancen konkret einschätzten, schnitt Westdeutschland im Vergleich der Systeme seinerzeit ausnahmslos besser ab. Beispielsweise war die Bundesrepublik in den Bereichen wirtschaftliche Leistung und soziale Sicherheit, Gleichheit der Chancen und persönliche Zukunftsaussichten nach Ansicht des weit überwiegenden Teils der ostdeutschen Bevölkerung der DDR klar überlegen (Abbildung 3).

Abbildung 2: Meinung über die wirtschaftliche Lage des DDR-Bürgers 1978 bis 1988

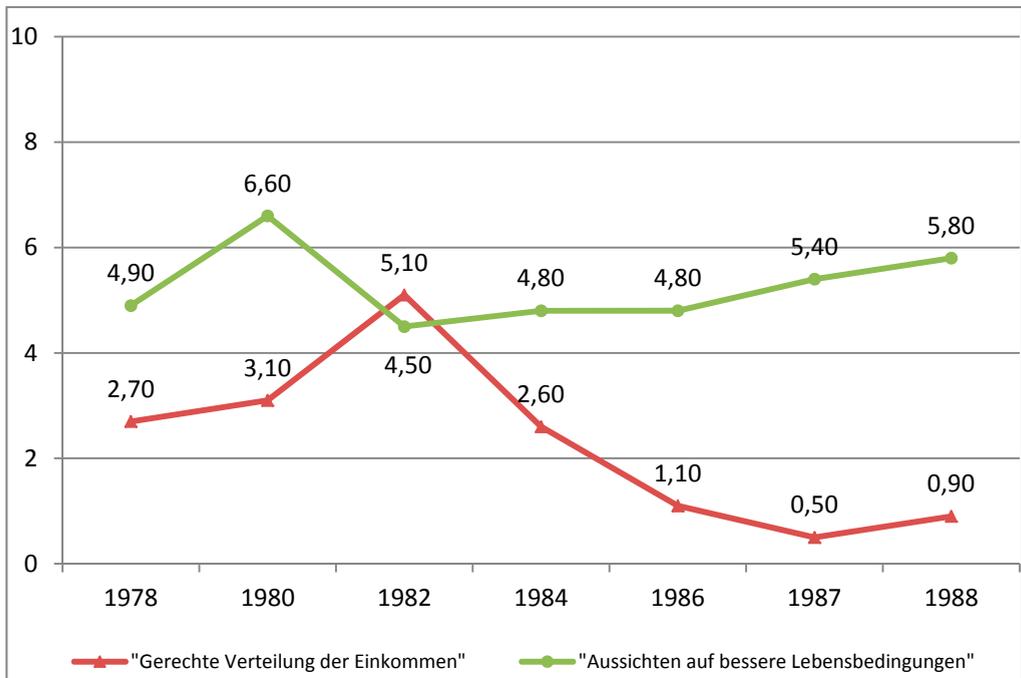


Erläuterungen: Als Basis dienten DDR-Bewohner ab 14 Jahren (Person X), die sich zu diesem Thema geäußert haben.

Quelle: Infratest Kommunikationsforschung 01/1994: 76.

Allerdings wurden die Verhältnisse in der Bundesrepublik aus der Distanz der DDR durchaus differenziert wahrgenommen. So schwächte sich die Meinung, im Westen seien die Einkommen gerechter verteilt als im Osten, in den 80er Jahren erkennbar ab (Abbildung 3). Dass damals auch in der Bundesrepublik Probleme auftraten, so etwa auf dem Arbeitsmarkt, haben die Ostdeutschen sehr wohl registriert.

Abbildung 3: Systemvergleich: Bundesrepublik – DDR, 1978 bis 1988



Erläuterungen: Als Basis dienten alle DDR-Bewohner (Person X), die sich zum jeweiligen Thema geäußert haben. +10 würde bedeuten: Alle Gesprächspartner in der DDR sind der Ansicht, die jeweilige Gegebenheit treffe eher auf die Bundesrepublik zu. -10 würde bedeuten: Alle Gesprächspartner in der DDR sind der Ansicht, die jeweilige Gegebenheit treffe eher auf die DDR zu.

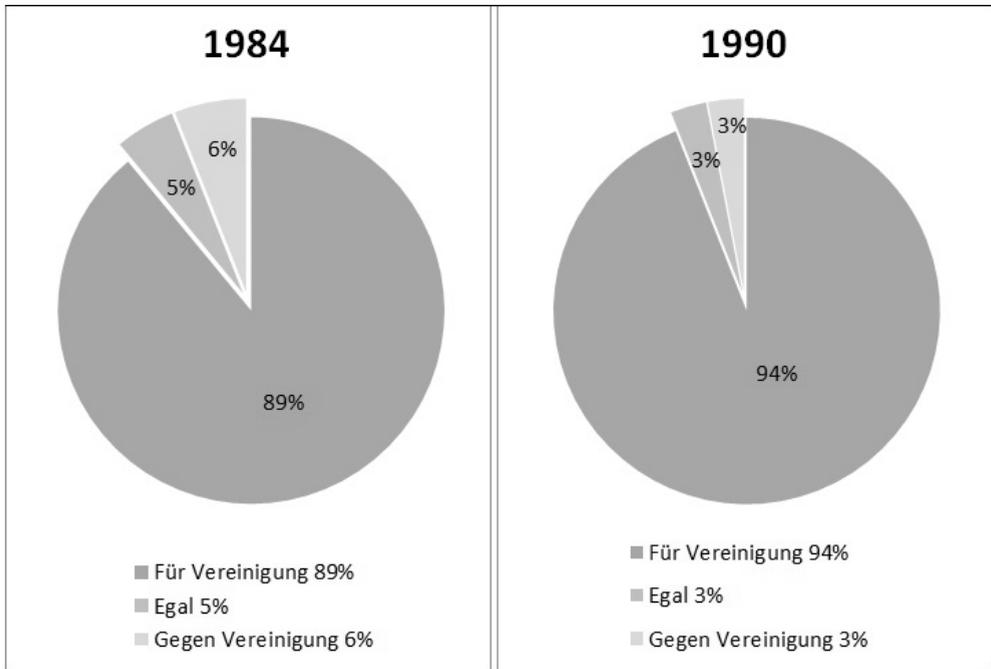
Quelle: Infratest Kommunikationsforschung 01/1994: 84.

Über die Jahre hinweg verbreitete sich in der Bevölkerung der DDR kontinuierlich die Auffassung, dass die Bundesrepublik die besseren Zukunftsaussichten böte als das eigene Land. Die Zahl derer, die diese Meinung teilten, wuchs von 53 Prozent im Jahr 1973 bis auf 81 Prozent im Jahr 1989 an (Infratest Kommunikationsforschung 01/1994). Gegen 60 Prozent der DDR-Bürger erwarteten in der Zukunft daheim keine wirkliche Besserung der eigenen wirtschaftlichen Lage. Und es waren überwiegend Angehörige der berufsaktiven Altersgruppen zwischen 30 und 49 Jahren, welche diese pessimistische Perspektive einnahmen (Infratest 1988/4: 81).

### 3. Wiedervereinigung als immerwährendes Wunschbild und vorausseilende Identifikation mit der politischen Ordnung der Bundesrepublik

Aufgrund dessen, dass die Bundesrepublik im persönlichen Systemvergleich fortwährend so viel besser abschnitt, nimmt es nicht wunder, dass die Bevölkerung der DDR die Wiedervereinigung mit dem westlichen Teil Deutschlands als ein immerwährendes Wunschbild vor Augen hatte. Im Jahr 1970 bekundeten 79 Prozent der Ostdeutschen ein starkes und weitere 16 Prozent ein eingeschränktes Interesse an der Einigung. 1984 sprachen sich 89 Prozent für und 6 Prozent dagegen aus. Im Einigungsherbst 1990 war die Zahl der ostdeutschen Einigungsbefürworter auf 94 Prozent gestiegen (Köhler 1992, S. 77) (Abbildung 4).

Abbildung 4: Einstellung der Deutschen/Ost zur Vereinigung im Trendvergleich 1984/1990



Quelle: Infratest Kommunikationsforschung GmbH, Oktober 1991. Aus: Köhler 1992

In Kenntnis dieser seit langem weitest verbreiteten Einigungspräferenz, die im kollektiven Gefühlshaushalt der Ostdeutschen fest verankert war, überrascht es im Rückblick nicht, dass die zentrale Ansage: „Wir sind das Volk“, welche die Massendemonstrationen im Oktober und November 1989 artikulierten, schon um die Jahreswende 1989/90 gegen die Losung „Wir sind ein Volk“ ausgetauscht worden ist. Dem demokratischen Systemmodell der Bundesrepublik räumten die Ostdeutschen im Herbst 1990 einen großen Vertrauensvorschluss ein: 73 Prozent identifizierten sich zu diesem Zeitpunkt mit dem politischen System der Bundesrepublik, und weitere 19 Prozent passeten sich der neuen Ordnung „notgedrungen“ an (Ebenda, S. 79, Abbildung 5). Ein auch

nur annähernd hohes Maß an Unterstützung hatte die DDR selbst zu ihren besten Zeiten nicht erfahren.

*Abbildung 5:* Persönliche Haltung zum politischen System der Bundesrepublik der Deutschen/Ost im Herbst 1990

	Deutsche / Ost Gesamt in %
Ich bin völlig von der Richtigkeit des Systems in der Bundesrepublik überzeugt.	7
Ich bin dem politischen System der Bundesrepublik gegenüber im Allgemeinen positiv eingestellt, wenn ich auch bestimmte Dinge kritisiere.	66
Ich muss mich notgedrungen dem politischen System in der Bundesrepublik anpassen, ohne von der Richtigkeit überzeugt zu sein.	19
Ich lehne das politische System in der Bundesrepublik grundsätzlich ab.	1
Mir ist das politische System eigentlich gleichgültig. Ich interessiere mich nicht für Politik.	6

Aus: Köhler 1992

#### 4. Die Flüchtigkeit der Illusionen: Psychologische Effekte der Umbruchskrisenjahre 1991/92

Bekanntlich ist dem formellen Vollzug der deutschen Einigung am 3. Oktober 1990 in den Jahren 1991 und 1992 eine massive ökonomische und gesellschaftliche Umbruchskrise in Ostdeutschland nachgefolgt. Die Wirtschaftsleistung brach um ein Drittel ein (IWH 2010). Binnen Jahresfrist verloren mehr als zwei Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsplatz (Landua 1992). Flankierende Maßnahmen wie Frühverrentung und atypische Beschäftigungsverhältnisse (Kurz- und Teilzeitarbeit, gering entlohnte Arbeit) boten zwar materielle Auffangeffekte (Krause u.a. 2012), nahmen aber häufig nicht das Gefühl, ein Verlierer der Einigung zu sein. Die anhaltende Abwanderung in den Westen der Republik brachte den neuen Bundesländern zudem einen Aderlass an insbesondere gut qualifizierten, jungen und weiblichen Personen.

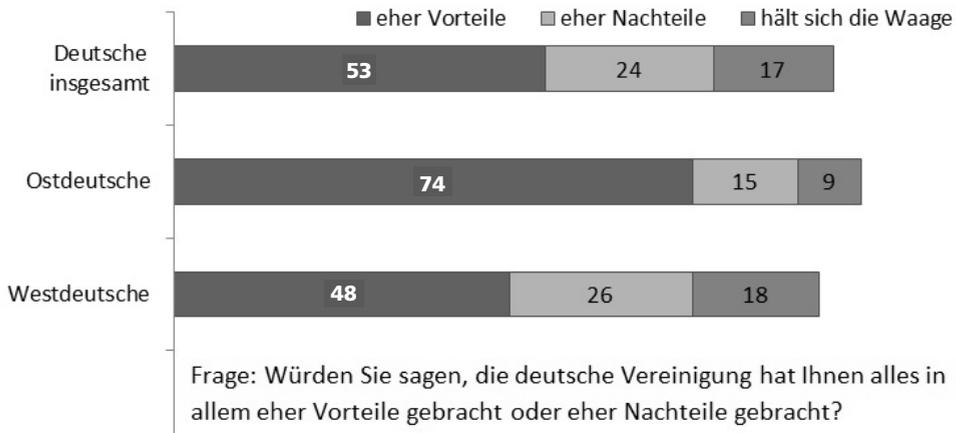
Vor diesem krisenhaften Erfahrungshintergrund sind die zunächst hochfliegenden Hoffnungen und Erwartungen eines bruchlosen persönlich Aufstiegs infolge der Einigung verständlicherweise vielfach rasch verfliegen. An die Stelle flüchtiger Illusionen über ein schnelles ostdeutsches Wirtschaftswunder traten alsbald existentielle Unsicherheiten und Ängste. Wie Umfragen des Sozioökonomischen Panels (SOEP) zeigen, machte sich im Frühsommer 1991 fast jeder zweite Ostdeutsche (47%) Sorgen um die allgemeine Entwicklung sowie um seinen Arbeitsplatz. Fast 38 Prozent befürchteten, die eigene wirtschaftliche Situation werde instabil werden (Landua 1992, S. 25). In Westdeutschland lag zum gleichen Zeitpunkt die Quote der Besorgnis um mehr als das Dreifache niedriger (Ebenda). Binnen eines Jahres hatte sich der Mittelwert der Lebenszufriedenheit im Osten auf der 10er-Skala um einen Punkt verschlechtert – und das, obwohl der zeitliche Vergleichspunkt noch in der DDR lag.

Was nicht überrascht: Auf die Systemakzeptanz wirkte sich die um sich greifende Verunsicherung nachteilig aus. In der ersten Hälfte der 1990er Jahre gingen in Ostdeutschland beispielsweise die Zufriedenheit mit den parteienstaatlichen Institutionen, die Zustimmung zur Idee der Demokratie sowie die Demokratiezufriedenheit signifikant zurück (Gabriel/Neller 2010, S. 100ff.).

## 5. Gefühlte Vorteile der Einigung überwiegen – langfristiger Trend der Festigung der Unterstützung des Systems

Langfristig hat sich die Unterstützung des Systems der Bundesrepublik und seiner Institutionen seit Mitte der 1990er Jahre wieder gefestigt, wenn auch bei einigen Indikatoren auf niedrigerem Niveau (Ebenda). 25 Jahre nach dem Fall der Mauer und dem Systemwechsel überwiegt in Ostdeutschland die positive Sicht auf die Einheit und ihre Folgen sehr klar, und überdies im Gesamtbild mehr als in Westdeutschland. Bei der eingangs erwähnten MDR-Umfrage antworteten drei von vier Ostdeutschen, die Wiedervereinigung habe ihnen mehr Vorteile als Nachteile gebracht. Dem stimmten lediglich 48 Prozent der Westdeutschen zu (Abbildung 6).

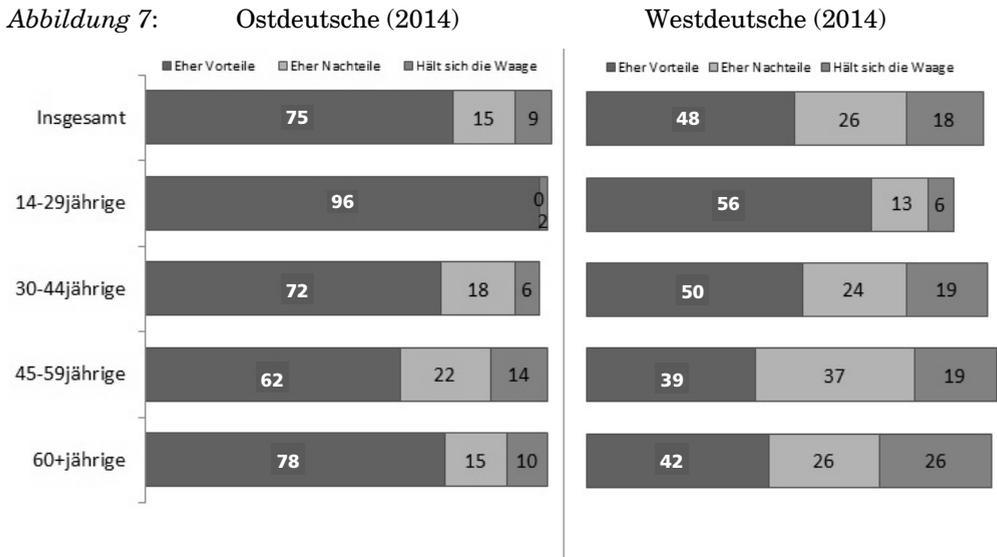
Abbildung 6: Vor- und Nachteile der deutschen Vereinigung  
Aktuelle Bewertung (2014)



Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung im Alter ab 14 Jahren (Angaben in Prozent)  
Fehlende Werte an 100 Prozent: Weiß nicht/keine Angabe

Quelle: Infratest dimap (im Auftrag des MDR)

Dabei zeigt sich ein Gefälle zwischen den Altersgruppen. Jüngere Ostdeutsche zwischen 14 und 29 Jahren ziehen fast einhellig (96 %) persönlich eine positive Bilanz der deutschen Einheit. Weniger zufrieden äußern sich die mitten im Berufsleben stehenden Jahrgänge von 30 bis 59 Jahren (Abbildung 7). Die altersgruppenspezifische Verteilung im Westen folgt demselben Muster, liegt aber auf einem entsprechend niedrigerem Niveau.



Frage: Würden Sie sagen, die deutsche Vereinigung hat Ihnen alles in allem eher Vorteile gebracht oder eher Nachteile gebracht?

Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung im Alter ab 14 Jahren (Angaben in Prozent)

Fehlende Werte an 100 Prozent: Weiß nicht/keine Angabe

Quelle: infratest dimap (im Auftrag des MDR)

## 6. Fazit: Von der virtuellen zur faktischen Identifikation mit dem System der Demokratie

Abschließend lässt sich folgendes kurzes Fazit ziehen: Noch zu Zeiten der DDR und schon Jahrzehnte vor der Wiedervereinigung haben die Ostdeutschen mehrheitlich eine virtuelle Identifikation mit dem wirtschaftlichen und politischen System der Bundesrepublik ausgebildet. Dank der Nutzung westdeutscher Massenmedien (Rundfunk und Fernsehen) und später auch des millionenfachen Reiseverkehrs in beide Richtungen nahm die DDR-Bevölkerung einen persönlichen Vergleich der Systeme vor, bei welchem die DDR fortwährend schlechter abschnitt als die der Bundesrepublik zugeschriebenen Vorsprünge in ökonomischer Leistungsfähigkeit, Lebensstandard und demokratischen Freiheiten. Der Blick nach Westen sorgte, bildlich gesprochen, dauerhaft für Licht im Tunnel. Umgekehrt blieb die Legitimationsgrundlage des Regimes der DDR während der Gesamtdauer ihrer Existenz nachweislich nur schmal bzw. instabil.

In das geeinte Deutschland sind die Ostdeutschen mit hohen Hoffnungen und Erwartungen eingetreten. Im Gefolge der Umbruchskrise, die sich 1991 und 1992 voll entfaltete, wurden ursprüngliche, oftmals übertriebene Hoffnungen vielfach enttäuscht. Stattdessen bauten sich existentielle Ängste und Unsicherheiten auf. Dennoch ist unübersehbar, dass sich ab etwa Mitte der 1990er Jahre die Unterstützung mit der bundesrepublikanischen Ordnung und ihren Institutionen festigte. Heute, 25 Jahre nach der Öffnung der Mauer und dem Systemumbruch in Ostdeutschland, zählt sich

die übergroße Mehrheit der ostdeutschen Bürgerinnen und Bürgern zu den Gewinnern der Wiedervereinigung.

## Literatur

- Gabriel, Oscar W./Neller, Katja 2010: Bürger und Politik in Deutschland, Bürger und Politik in Deutschland, in: Ders./Fritz Plasser (Hrsg.), Deutschland, Österreich und die Schweiz im neuen Europa, Baden-Baden: Nomos, S. 57 – 146.
- Infratest Kommunikationsforschung 1988/4: Deutschlandpolitik und innerdeutsche Situation. Einstellungen und Verhaltensweisen von DDR-Besuchern und DDR-Bewohnern, zusammenfassender Bericht Band 4, München (unveröffentlicht).
- Infratest dimap 2014: 25 Jahre Mauerfall: Systemvergleich BRD/DDR. Eine Studie im Auftrag der Sendereihe des MDR „Exakt – So leben wir!“, September 2014.
- Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) 2010: Datenkompendium – Ostdeutschlands Transformation im Spiegel wirtschaftlicher und sozialer Indikatoren, 2. Auflage, Halle.
- Köhler, Anne 1992: Marschierte der DDR-Bürger mit? Systemidentifikation der DDR-Bevölkerung vor und nach der Wende, in: Uta Gerhardt/Ekkehard Mochmann (Hrsg.): Gesellschaftlicher Umbruch 1945 – 1990. Re-Demokratisierung und Lebensverhältnisse, München: Oldenbourg, S. 59-79.
- Köhler, Anne 1994: Nationalbewusstsein und Identitätsgefühl der Bürger der DDR unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Frage. Eine Auswahl themenrelevanter Untersuchungsergebnisse der Infratest Kommunikationsforschung, zusammengestellt im Auftrag der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Januar 1994.
- Krause, Alexandra/Köhler, Christoph/Struck, Olaf/Böhm, Alexandra/Gerstenberg, Susanne/Schröder, Stefan 2012: Generalisierung von Unsicherheit? Transformationen des ostwestdeutschen Arbeitsmarktes, in: Heinrich Best/Everhard Holtmann (Hrsg.): Aufbruch der entscherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung, Frankfurt/New York: Campus, S. 222-235.
- Landua, Detlef 1992: Das Jahr danach. Zum Transformationsprozess Ostdeutschlands und seiner Bewertung aus der Sicht der Betroffenen (papers Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung des WZB, P 92-102), Berlin.
- DIE ZEIT Nr. 45/2014: Anne Hähmig: Geheimnisse vergisst man nicht (S. 12/13) – Martin Machowecz: Deutsche Demoskopische Republik (S. 13).